

Ist das DDR-Regime kein Grund für selbstkritische Fragen der Bürger?

Verantwortung ist nicht teilbar

Von Gerd Held

Zwanzig Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer ist die Beurteilung der DDR-Vergangenheit wieder zu einem Thema geworden. Gut so, dies düstere Kapitel unserer Geschichte darf nicht geschlossen werden. Diese Vergangenheit darf nicht einfach vergehen. Aber nun ist, durch die Stellungnahmen führender Politiker der SPD, eine merkwürdige Zweiteilung in das Thema eingeführt worden. „Das DDR-System war schlecht, die Menschen aber waren gut“ soll das Leitbild der Vergangenheitsbewältigung sein. Eine gespaltene Erinnerung also, die zwischen einer guten Seite und einer schlechten Seite sortiert. Wo so säuberlich getrennt wird, werden Verstrickungen ausgeblendet. Der kritische Blick auf die unzähligen Verbindungslinien, die im Alltag zwischen dem DDR-Staat und der DDR-Gesellschaft bestanden, wird verstellt. Waren das wirklich zwei Welten? Die gespaltene Erinnerung führt zu einer gespaltenen Verantwortung. Schuld war nur der Apparat, die Bonzen, eben „die Anderen“. So kann der 20. Jahrestag des Mauerfalls nicht zum Anlass für eine kritische Selbstprüfung der Bürger werden.

Zur Erinnerung: Ungefähr zwei Jahrzehnte hat es in der alten Bundesrepublik gedauert, bis eine Selbstprüfung auch Tabuzonen der NS-Vergangenheit erreichte. Was gab es in den 60er Jahren für erbitterte - auch verletzte - Diskussionen! Auf einmal wurden öffentlich wie im Familienkreis bohrende Fragen gestellt: Wollt Ihr wirklich von nichts gewusst haben? Habt Ihr nie mit eingestimmt in die allgemeine Gleichschaltung und habt Ihr nicht mitgewirkt an der alltäglichen Volksgemeinschaft? Wart Ihr nie fasziniert? Natürlich waren diese Fragen der Spätgeborenen auch sehr selbstgerecht. Aber insge-

samt fand doch eine Selbstprüfung der Gesellschaft statt. Sie hat ihr nicht geschadet. Demokratie und Verantwortung fanden stärker zusammen. Gerade weil hier nicht zwischen einem bösen Regime und einer guten Gesellschaft unterschieden wurde, konnte eine politische Verantwortungskultur entstehen. Damit wurde auch das Grundgesetz viel lebendiger.

Für diesen Schritt ist die Zeit nun auch in unserer vergrößerten Republik reif. Hier haben sich neue Tabuzonen angelagert. Die Hinterlassenschaft der „kommode Diktatur“ im Osten wurde zwar sozialstaatlich eingefriedet, aber eine selbstkritische Aufarbeitung der Bürger steht noch aus. Es ist schwer vorstellbar, dass sich im wiedervereinigten Deutschland eine vereinte Bürgergesellschaft bildet, solange vier Jahrzehnte Diktatur in unserem östlichen Landesteil unter Verantwortungs-Quarantäne gehalten werden.

Die SPD, deren Verdienste in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus unbestreitbar sind, hat sich jetzt in die Position des Quarantäne-Wächters begeben. Alles Unrecht, so lautet das Urteil führender Sozialdemokraten, soll beim DDR-Staatsapparat gelegen haben, während die Gesellschaft das mehr oder weniger Gute gewollt und gelebt hat. Dabei waren die Verfilzungen und verdeckten Synergien zwischen Alltagsleben und Parteidiktatur groß. Man sollte einmal nicht in erster Linie an den Komplex „Stasi“ denken, sondern an die „Kollektive“ in Betrieben, Schulen, Nachbarschaften. Die DDR war ein Regime der täglichen Zustimmung und Symbiose von Staat und Gesellschaft. Es war ein Regime der Verstrickung, nicht der Trennung. Deshalb ist es ganz natürlich, dass die Verhaltensweisen und Weltbilder des Regimes noch herumgeistern. Dass

diese Spuren noch da sind, kann man niemand vorwerfen. Aber dass sie ausgeklammert werden, ist grundfalsch und schiebt die Selbstprüfung der Bürger hinaus. Damit setzt sich die SPD von ihrer eigenen, in der Bundesrepublik gewachsenen, politischen Kultur ab. Sicher gibt es auch in der CDU Neigungen, die menschlichen Regime-Verstrickungen zu verdrängen. Bei der SPD jedoch scheint das Prinzip der gespaltenen Verantwortung zum Programm für das nächste Jahrzehnt zu werden. Schon stellt der SPD-Vorsitzende das Grundgesetz als westdeutschen Fremdkörper dar. Und in der Wirtschafts-

krise sind die schuldigen „Anderen“ schon gefunden: die Reichen, die Manager, die Liberalen.

Das ist nicht sehr weitsichtig. Wie will eine Regierungsmehrheit, die auf so kurzen moralischen Beinen steht, Reformen durchsetzen? Das nächste Jahrzehnt wird auf allen Feldern der Politik den Zusammenhalt unseres Landes auf harte Proben stellen. Dann wird sich jede soziale Spaltung des Prinzips Verantwortung als Gift herausstellen. Wo dies Prinzip für Teile der Gesellschaft außer Kraft gesetzt wird, beginnt die Handlungsunfähigkeit.

(Manuskript vom 23.4.2009, erschienen als Leitartikel in der Tageszeitung „Die Welt“ vom 27.4.2009)